

DIE NIEDERLÄNDISCHEN GRENZKORREKTUREN 1949–1963 IN DER POLITIK DES LANDES NORDRHEIN- WESTFALEN UND IN IHRER WIRKUNG AUF DIE BEVÖLKERUNG DER AUFTRAGSVERWALTUNGS- GEBIETE¹

I

Mit der Verlautbarung des Londoner Deutschland-Kommuniqués vom 7. Juni 1948, an den deutschen Westgrenzen . . . „gewisse geringfügige vorläufige Berichtigungen“² vorzunehmen, waren die schon z. T. während des Zweiten Weltkriegs artikulierten und immensen territorialen Entschädigungsforderungen der Benelux-Staaten insgesamt und der Niederlande im besonderen drastisch reduziert worden. Dennoch umfaßten diese als Grenzkorrekturen bezeichneten Maßnahmen nach ihrer genauen Festlegung im März 1949 in bezug auf die den Niederlanden zugesprochenen Gebiete immerhin noch rund 9000 Deutsche und eine Fläche von ca. 70 qkm.³ Von den alliierten Beschlüssen besonders betroffen war das Land Nordrhein-Westfalen. Über die Grenzkorrekturen mit Belgien hinaus wurden am 23. April 1949 ein Teil des Dorfs Suderwick bei Bocholt, Elten im Kreis Rees und als größtes Gebiet den Sefkant im Kreis Geilenkirchen-Heinsberg in die so bezeichnete niederländische Auftragsverwaltung übergeben. Erweitert wurde diese Festlegung im September 1949 durch die Ortschaft Wyler im Kreis Kleve, die auch nach dem erfolgten deutsch-niederländischen Ausgleich 1963 bei den Niederlanden verblieb.

Dabei sollte schon der Terminus Auftragsverwaltung, für den es im Niederländischen kein adäquates Pendant gab, sondern vielmehr die Formulierung ‚dem Reich angefügte Gebiete‘

¹ Erweiterte Fassung eines Vortrags, gehalten am 12. März 1994 auf der 15. wissenschaftlichen Jahrestagung des Brauweiler Kreises für Landes- und Zeitgeschichte. Der Vortragsstil ist bei der Druckfassung beibehalten worden. Mein besonderer Dank gilt den Herren Prof. Dr. Hansgeorg Molitor (Düsseldorf), Prof. Dr. Horst Lademacher (Münster) und Dr. Klaus Pabst (Köln).

² Europa-Archiv 1948, S. 1438; Für Selbstbestimmung, Recht und gute Nachbarschaft. Amtliche Erklärungen, Vorschläge sowie Stellungnahmen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen zu Fragen der einseitigen Grenzveränderungen im Westen 1949. Hg. von der Landesregierung NRW, Düsseldorf 1951, S. 7. Ausführliche Erläuterungen der einzelnen festgelegten Grenzkorrekturen bietet die Verlautbarung über vorläufige Änderungen der deutschen Westgrenze, herausgegeben in Paris am 26. März 1949, abgedruckt u. a. in: Dietrich Rauschnig (Bearb.): Die Staatsverfassungen der Welt in Einzelausgaben. Bd. 1: Die Gesamtverfassung Deutschlands, Frankfurt/Berlin 1962, S. 690–742.

³ Verlautbarung über vorläufige Änderungen der deutschen Westgrenze. Entlang der Grenze zwischen Deutschland und den Benelux-Staaten, der Saar und Frankreich sollten „31 geringfügige Berichtigungen“ vorgenommen werden, betroffen „wird ein Gesamtgebiet von rund 150 qkm und eine Bevölkerung von etwa 13 500 Menschen“ insgesamt (Verlautbarung zitiert nach Rauschnig, S. 691). Vgl. auch Klaus Pabst: Artikel „Grenzregelungen“, in: Anselm Faust (Red.): Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon (Veröffentlichungen d. Staatl. Archive d. Landes NRW, Reihe C, Bd. 31), S. 172.

benutzt wurde, die Vorläufigkeit der Maßnahmen unterstreichen. Dies wurde sowohl von Belgien, das seine Gebiete einer Militärregierung unterstellte, als auch von den Niederlanden zu keiner Zeit mißachtet. Somit bilden die Grenzkorrekturen mit den Niederlanden den Betrachtungsschwerpunkt, dennoch dürfen die gleichzeitig durchgeführten Maßnahmen an der deutsch-belgischen Grenze nicht vergessen werden. Sie umfaßten den Aachener Stadtteil Bildchen und die Eifeldörfer Losheim und Hemmeres (Rheinland-Pfalz) und waren von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der nordrhein-westfälischen Grenzlandhilfe.

So wird im folgenden versucht, die Grenzlandpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen im Kontext dieser Grenzkorrekturen zu untersuchen und insbesondere der Frage nachzugehen, inwieweit die Grenzkorrekturen Einfluß auf die Grenzlandhilfe des Landes genommen haben. Hierzu wird zuerst der für die Belange des Grenzlandes eingesetzte Grenzausschuß des Landtags von Nordrhein-Westfalen angesprochen, der von 1948–1966 tätig war. Anschließend werden zentrale Merkmale der Grenzlandhilfe des Landes herausgearbeitet und daraufhin untersucht, welchen Stellenwert sie für die Entwicklungen an der deutsch-niederländischen Grenze hatte. Dies beinhaltet auch die Frage nach der politischen Motivation der Grenzlandhilfe. Im letzten Teil geht es um die Auswirkungen der Grenzkorrekturen und die Wirkung der Unterstützungen des Landes Nordrhein-Westfalen auf die deutsche Bevölkerung in den Auftragsverwaltungsgebieten.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen stellte die niederländischen und belgischen Grenzkorrekturen von Beginn an in eine direkte Verbindung mit den Grenzveränderungen im Osten Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, den Entwicklungen in der sowjetischen Besatzungszone bzw. späteren DDR und der Saarfrage. Nicht zuletzt aufgrund dieser engen Verknüpfung wurde ihnen ein Stellenwert zugesprochen, der weit über ihre materielle Dimension hinausging und vielmehr prinzipiellen Charakter einnahm⁴. Deshalb machte es gerade für Ministerpräsident Karl Arnold auch keinen Unterschied, . . . „daß es sich . . . nicht um große Gebietsteile, sondern nur um einen Personenkreis von wenig über zehntausend Menschen handelt“.⁵

Wenn hier vom Grenzland Nordrhein-Westfalens die Rede ist, so bezieht sich diese Definition auf die seit Ende 1948 im Rahmen der besonderen wirtschaftlichen Förderung dieser Landesteile von Innen- und Finanzministerium festgelegten Gebiete. Dies waren der gesamte Regierungsbezirk Aachen, aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf die Landkreise Geldern, Kempen-Krefeld, Kleve, Moers (nördlicher Teil) und Rees und aus dem Regierungsbezirk Münster die Kreise Ahaus, Borken und Coesfeld.⁶ Erweitert wurde diese Festlegung in

⁴ Vgl. Klaus Pabst: Holländisch für vierzehn Jahre, in: Entscheidungen im Westen, hg. von Walter Först (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 7), Köln/Berlin 1979, S. 149–176, hier S. 176.

⁵ Vorwort Arnolds zur Denkschrift: Für Selbstbestimmung, S. 1.

⁶ Vgl. dazu Leo Schering im Grenzausschuß (zukünftig G. A. abgekürzt), 3. Wahlperiode, 20. Sitzung, 12. 10. 1957, NW 154, Nr. 1134, HStAD; s. auch Reg.Dir. Matthiae im G. A., 4. Wahlperiode, 3. Sitzung, 18. 12. 1958, NW 154, Nr. 1140, HStAD. Gerade über die Einbeziehung Coesfelds in die Grenzlandhilfe entstanden hitzige Diskussionen. Dabei wurde dem Grenzausschußvorsitzenden Leo Schering vorgeworfen, die Einbeziehung deshalb forciert zu haben, da Coesfeld seine Heimatstadt gewesen sei. S. dazu Nachlaß Leo Schering, Vertraulicher Bericht an die Mitglieder der CDU-Fraktion über die Entstehung der Grenzlandhilfe vom März 1952, Best. Nr. 1193, Nr. 621, Hist. Archiv Köln. In

Zusammenarbeit mit dem Grenzausschuß um das Amt Gescher im Kreis Coesfeld und die Stadt Zülpich im Regierungsbezirk Köln.⁷ Zahlreiche weitere Städte wurden, z. T. mehrfach, abgelehnt (z. B. die Städte Dinslaken, Dorsten, Mönchengladbach, Altschermbach, Euskirchen, Bad Münstereifel, Dülmen sowie die Kreise Recklinghausen und Steinfurt). Primäres Kriterium für die Förderung war die direkte Grenzlage, diese Übereinkunft konnte aber zugunsten von Städten bzw. Kreisen aufgehoben werden, die durch die Kampfhandlungen des Zweiten Weltkriegs besonders zerstört worden waren, wie z. B. der in die Förderung einbezogene Kreis Jülich-Düren im Regierungsbezirk Aachen. Doch schon vor der Durchführung der Grenzkorrekturen waren seitens der Landesregierung im Laufe des Jahres 1948 die Weichen für eine mehrschichtige Grenzlandfürsorge gestellt worden. Denn es kam nicht nur im Juni 1948 zur Konstituierung des Grenzausschusses, sondern auch zwei weitere wichtige Instrumente der Landesregierung für die Grenzlandförderung nahmen 1948 ihren Anfang: Durch Kabinettsbeschluß vom 4. Juni 1948 wurde beim Chef der Landeskanzlei das Grenzlandreferat eingerichtet⁸, das sich unter seinem ersten Leiter Heinrich Vins⁹ rasch zur Schaltzentrale der Grenzlandhilfe entwickelte; Ende 1948 wurde zudem erstmalig eine zusätzliche Grenzlandhilfe in Form verlorener Zuschüsse unter dem Namen Grenzlandfonds ausgeschüttet.

II.

Den Wiederaufbau des durch die Kampfhandlungen des Zweiten Weltkriegs stark zerstörten Grenzlands voranzutreiben und gleichzeitig diese Landstriche gegen die Gebietsforderungen der Benelux-Staaten zu stärken, sollte zentrale Aufgabe eines Westausschusses sein, den die CDU-Landtagsfraktion in einem Dringlichkeitsantrag am 12. Juni 1947 forderte.¹⁰ Doch dauerte es bis zum Frühjahr 1948¹¹, bis der Hauptausschuß nach längeren Diskussionen

einem handschriftlichen Nachtrag vom 17. 5. 1954 erörtert Schwering die gegen ihn erhobenen Vorwürfe.

⁷ Gefördert wurden damit insgesamt ca. 20% des Landesgebiets und 11% der Bevölkerung (ca. 1,3 Millionen Menschen). Vgl. Klaus Pabst: Artikel „Grenzlandhilfe“, S. 170 und Wolfgang Woelk: Der Grenzausschuß des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Staatsarbeit, Düsseldorf 1992, S. 29 ff.; S. 54 ff.

⁸ NRW-Innenminister Menzel an Bundesinnenminister, 20. 2. 1951, NW 221, Nr. 115, HStAD.

⁹ Heinrich Vins leitete das Grenzlandreferat bis 1953, Nachfolger wurde Ministerialdirigent Dr. Pötter. Dazu Leo Schwering: Werden und Wirken der Grenzlandhilfe, in: Heimatkalender des Kreises Schleiden, 1956, S. 30–38, hier S. 36 f.

¹⁰ Begründet wurde der CDU-Antrag wie folgt: . . . „Die westlichen Grenzkreise des Landes Nordrhein-Westfalen haben unter den unmittelbaren Einwirkungen der monatelangen Kampfhandlungen und der Evakuierungen aufs schwerste gelitten. Eigenhilfe und Unterstützung der Gemeinden und Kreisverwaltungen reichen nicht entfernt aus. Nur eine schnelle und großzügige Aktion des Landes Nordrhein-Westfalen kann ihnen helfen. Diese Maßnahmen zu beraten und zu gesetzgeberischen Anträgen vorzubereiten, ist Aufgabe des einzusetzenden Westausschusses. Namentlich aber soll er den von Grenzforderungen bedrohten Landesteilen das feste Vertrauen geben, daß ihre Nöte in vordringlichem Maße die des ganzen Landes Nordrhein-Westfalen sind“. Landtag NRW, 1. Wahlperiode, Drucksachen LD II–20.

¹¹ Vgl. zur unterschiedlichen Wahrnehmung bzw. Interpretation dieser Vorgänge die Ausführungen Leo Schwerings zum einen in seinem Artikel „Werden und Wirken der Grenzlandhilfe“, S. 35, und

über Aufgaben und Stellung eines solchen Ausschusses zu einer Entscheidung kam. Hierbei galt es, sowohl die Widerstände bei der britischen Militärregierung gegen einen politischen Grenzlandausschuß zu beseitigen als auch die bei der SPD-Landtagsfraktion vorhandenen Gegensätze zu mildern.¹² Diese Debatten führten jedoch zu zwei wesentlichen Unterschieden zwischen den im CDU-Antrag geforderten und dem tatsächlich eingesetzten Grenzausschuß. Zum einen wies der Hauptausschuß eindrücklich darauf hin, daß sich der Grenzausschuß lediglich . . . „mit dem wirtschaftlichen und sonstigen Spezialfragen des Grenzlandes, nicht aber mit den politischen Fragen allgemeiner Art“¹³ beschäftigen sollte. Zum anderen galt der CDU-Antrag einem eigenständigen Ausschuß, der Grenzausschuß wurde aber nur als Unterausschuß des Hauptausschusses eingesetzt. Ein Aspekt, der besonders in den ersten Jahren innerhalb des Ausschusses zu Diskussionen führte. Auch wurde der Grenzausschuß mehrfach erfolglos dahingehend beim Hauptausschuß vorstellig, seinen Status zu erweitern. Die begrenzte Aufgabenzuteilung ging in erster Linie auf die vorsichtige Vorgehensweise des Hauptausschusses zurück, den einzusetzenden Ausschuß nicht auf Felder zu begeben, die den Kompetenzbereich des Landtags überschritten. Einer Gefahr, der sich auch Ministerpräsident Karl Arnold ausgesetzt sah, agierte er doch bis zur Konstituierung einer Bundesregierung als quasi außenpolitischer Vertreter der deutschen Interessen in der Frage der Grenzregulierungen.¹⁴ Erst mit der schrittweisen Erweiterung des Handlungsspielraums der Landesregierung konnte dann auch der Grenzausschuß stärkere politische Konturen gewinnen, die 1947/48 auf Bedenken, wenn nicht auf Ablehnung der britischen Militärregierung gestoßen wären.¹⁵ Gleichzeitig war das definierte Grenzland, wahlstrategisch gesehen, eine eindeutige CDU-Hochburg, so daß gerade aus Reihen der anderen Landtagsparteien Kritik aufkam, diesen Gebieten eine gesonderte Förderung und einen eigenen Ausschuß zukommen zu lassen. Diese parteipolitische Bedeutung der Grenzregion wie der Auftragsverwaltungsgebiete war auch dem CDU-Bundesvorstand bewußt. So war es auch unter diesem Gesichtspunkt nach dem 23. April 1949 von besonderer Wichtigkeit, die . . . „unter vorläufige holländische Auftragsverwaltung gestellten Gebiete des Selfkant und von Elten . . . nach Deutschland zurückzuführen. Gerade das Selfkantgebiet ist von jeher eine Domäne der CDU gewesen“.¹⁶ Aufbauend auf den Vorarbeiten eines zwischen März und Oktober 1947 im Grenzland aktiven CDU-parteiinternen Westausschusses sah der Grenzausschuß seine Tätigkeit sowohl in der

Schwerings „Vertraulicher Bericht“, Nachlaß Schwering, Best. Nr. 1193, Nr. 621, Hist. Archiv Köln.

¹² Vgl. dazu Nachlaß Schwering, Vertraulicher Bericht, Best. Nr. 1193, Nr. 621, Hist. Archiv Köln.

¹³ Landtag NRW, 1. Wahlperiode, Drucksachen LD II-301.

¹⁴ Vgl. dazu auch Leo Schwering: Werden und Wirken der Grenzlandhilfe, S. 32. Schwering bezeichnet Arnold in freundschaftlicher Verbindung auch als „Anwalt der Deutschen“ in den Grenzfragen im Westen oder als „eigentlichen deutschen Außenminister“ bis zur Konstituierung der Bundesregierung. Dazu Nachlaß Schwering, Best. Nr. 1193, Nr. 606, und Nr. 621, Hist. Archiv Köln.

¹⁵ So mußte auch Heinrich Vins vor seinem Amtsantritt im Grenzlandreferat die britische Militärregierung über die primär wirtschaftlichen Aufgaben des Referats überzeugen . . . „Möglicherweise waren es auch grenzpolitische Gesichtspunkte, die bei der Besatzung Bedenken erregten“. Schwering, Werden und Wirken der Grenzlandhilfe, S. 38.

¹⁶ Ausführungen Meyers im Bundesvorstand der CDU, Januar 1953, abgedruckt in: Günter Buschstab (Bearb.): Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), 2. Aufl., Stuttgart 1986, S. 336.

wirtschaftlichen Förderung des Grenzlandes als auch in der direkten Kontaktaufnahme mit den Grenzstädten und -kreisen. Eine wichtige Aufgabe bestand gerade in der Anfangsphase darin, die geleistete Orientierungsarbeit des CDU-Westausschusses¹⁷ fortzuführen und weiterhin Material und Informationen über die Situation des Grenzlandes zusammenzutragen. Der Grenzausschuß definierte sich gerade in der Frühphase seines Bestehens als Sprachrohr der Grenzgemeinden und als Verbindungsglied und Koordinierungsorgan zwischen der Landesregierung und der Grenzbevölkerung. Äußeres Zeichen dieser Selbstdefinition war das stete Abhalten von Sitzungen vor Ort, auch im unmittelbaren Umfeld der Auftragsverwaltungsgebiete. In diesen Sitzungen suchte der Ausschuß das Gespräch mit den Kommunalbehörden, mit den Kirchen, Interessenverbänden und Vereinen. Gleichzeitig leistete er wichtige Basisarbeit, etwa in der Unterrichtung über Möglichkeiten und Grenzen der Landeshilfen. Darüber hinaus wurden aber auch Informationen über die Situation in den Auftragsverwaltungsgebieten weitergeleitet. So nahmen die Ausschußmitglieder, die übrigens allesamt nach Auflage des Hauptausschusses aus dem Grenzgebiet stammten oder ein „grenznahe Interesse“ aufweisen sollten¹⁸, nicht nur die Anregungen und Klagen der Betroffenen vor Ort mit zurück nach Düsseldorf, sondern auch konkrete Einsichten in die öffentliche Meinung. Aus diesem Verständnis heraus waren die Grenzausschußsitzungen wie die 1948 durchgeführten, eindeutig auf öffentliche Wirksamkeit ausgerichteten Kabinettsitzungen vor Ort ein wichtiges Instrument der Landesregierung, die Verbundenheit mit dem Grenzland allgemein und den Auftragsverwaltungsgebieten im besonderen zu unterstreichen. In diesen Sitzungen stellte sich der Grenzausschuß über seine eigentlichen Aufgaben hinaus auch als politische Interessensvertretung des Grenzlandes gegen die Grenzkorrekturen Belgiens und der Niederlande dar. Dieses politische Eigenverständnis wurde mit der Zeit zunehmend offensiver artikuliert, so etwa von Leo Schwing 1951. Der Ausschuß habe die Aufgabe erhalten,

... „für die Grenzgebiete nach der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Seite zu sorgen und eine Politik zu betreiben, daß die durch die Abstimmung bedrohten Gebiete möglichst der deutschen Volksgemeinschaft erhalten bleiben“¹⁹

Ein Gradmesser für die Wirkung der Ausschuß- und Kabinettsitzungen im Grenzland ist die Berichterstattung der lokalen Printmedien. Im Gegensatz etwa zu den Bemerkungen in den Kabinettsprotokollen der Landesregierung²⁰, sparten die Zeitungen nicht an Kritik für die lediglich öffentlichkeitswirksamen „Beruhigungs“-Sitzungen. Und gerade die lokalen Zeitungen waren es, die nicht nur als wichtige Meinungs- und Informationsquelle über die Situation und Stimmung im Grenzland dienten, sondern auch das weite Feld der immer wiederkehrenden Gerüchte belebten. Doch waren Zeitungsmeldungen neben den Lageberichten der

¹⁷ Vgl. zur Arbeit des Westausschusses Leo Schwing: Werden und Wirken der Grenzlandhilfe, S. 33 f. „Auf jeder Besichtigung wurden je zwei Kreise bearbeitet. So kam eine Materialsammlung zusammen, die nicht einmal den damaligen Behörden zur Verfügung stand. Sie war um so wertvoller, als sie meist eine persönliche Note trug, sich daher ganz ‚namtlich‘ gab“ (S. 34).

¹⁸ So die Festlegung durch den Hauptausschuß in seiner Stellungnahme zur Gründung des Ausschusses, 1. Wahlperiode, 14. Sitzung, 8. 1. 1948, Archiv d. Landtags NRW.

¹⁹ Schwing im G. A., 2. Wahlperiode, 42. Sitzung, 18. 3. 1954, Archiv d. Landtags NRW.

²⁰ Michael A. Kanther: Kabinettsprotokolle, in: Bernd A. Rusinek u. a. (Hg.): Die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt Neuzeit, Paderborn 1992, S. 177 f. Siehe auch: Peter Hüttenberger und Wilhelm Jansen (Hg.): Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, Bd. 1 (1946–1950), eingeleitet u. bearb. von Michael A. Kanther, Siegburg 1992, Dokument 217.

angrenzenden Verwaltungen und den persönlichen Gesprächen die wichtigste Informationsquelle für die Landtagspolitiker und Grenzausschußmitglieder und geben somit auch einen interessanten Überblick über die Meinungen und Meinungsschwankungen in den Auftragsverwaltungsgebieten. Auch nutzten gerade Karl Arnold und Leo Schwering immer wieder das Medium Zeitung, um ihre Aktivitäten gegen die Gebietsveränderungen zu artikulieren.

Abseits dieser Informationsebene lagen die Aufgaben des Grenzausschusses generell gesehen in den fünf Wahlperioden seines Bestehens weniger in der konkreten Unterstützung der legislativen Arbeit, als vielmehr in den Bemühungen, Kontakte herzustellen, Informationen zu sammeln bzw. weiterzugeben und damit wichtige Vorarbeiten für die Landtagsarbeit beizusteuern.

An der Mitberatung von Gesetzesentwürfen war der Grenzausschuß nur einmal beteiligt, als es um die Rückgliederung der belgischen Auftragsverwaltungsgebiete ging. Somit wies der Grenzausschuß Arbeitsschwerpunkte auf, die ihn nicht aus einer Reihe vergleichbarer Unterausschüsse des Landtags von Nordrhein-Westfalen herausheben.²¹

Grenzlandreferat und Grenzausschuß arbeiteten nach der Abklärung der Kompetenzen zumeist einträchtig zusammen, auch aufgrund des gleichen politischen Verständnisses der Grenzlandfürsorge, . . . „da alles, was in den Grenzkreisen sich zuträgt, Auswirkungen auch über die Grenzpfähle hinaus zeitigen kann“.²² Für den Grenzausschuß war in der Frühphase der Grenzkorrekturen von besonderem Vorteil, in Ministerpräsident Karl Arnold einen gewichtigen Fürsprecher zu besitzen. Denn Arnold trat während seiner gesamten Amtszeit immer wieder als der wohl entschiedenste Gegner von Grenzveränderungen im Westen auf und setzte alles daran, die Grenzkorrekturen zu vermeiden bzw. nach deren Durchführung für die baldige Rückgliederung einzutreten. Dies brachte ihm zweifelsohne sehr viele Sympathien aus dem Grenzland ein. Sichtbares Zeichen dieser Anerkennung Arnolds sind die noch heute unzähligen Straßennamen und Plätze in den Grenzregionen, die den Namen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten tragen sowie die z. T. überhöhten Schilderungen seiner Aktivitäten in heimatgeschichtlichen Studien und lokalen Zeitungsberichten.

Spätestens mit der Realisierung der Grenzkorrekturen am 23. April 1949 erwies sich die unpolitische Aufgabenzuteilung an den Grenzausschuß als nicht durchführbar. So standen doch gerade in den Sitzungen im unmittelbaren Umfeld der Auftragsverwaltungsgebiete eindeutig politische Aspekte im Mittelpunkt, die die wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Aufgaben des Grenzausschusses lediglich als Bezugspunkte erscheinen ließen. Und die detaillierte Untersuchung der insgesamt 130 Sitzungen des Grenzausschusses von Juni 1948 bis März 1966 zeigt die enge Verbindung auch mit den politischen Fragen der Grenzkorrekturen. In 48 Sitzungen standen Fragen der Auftragsverwaltungsgebiete auf der Tagesordnung, und die inhaltliche Analyse der Wort- und Sitzungsprotokolle macht deutlich, daß letztlich alle Fragen der Grenzkorrekturen debattiert wurden.²³ Naturgemäß lag ein Schwerpunkt auf dem Wirtschaftssektor, bedurften doch gerade die Grenzgemeinden erheblicher finanzieller Mittel, so daß über die Wirtschaftspolitik versucht wurde, gegen die Grenzkorrekturen politisch

²¹ Vgl. Brigitte Dierl/Reinhard Dierl/Werner Höffken: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen (Sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 18), 3 Bde., Bochum 1982, Bd. 1, S. 199 ff.

²² Grenzlandreferat an Arnold, 10. 1. 1951, NW 190, Nr. 435, HStAD.

²³ Vgl. Woelk, Grenzausschuß, S. 34 ff., S. 50 ff.

vorzugehen. Auch für die Auftragsverwaltungsgebiete, denen häufig nur mittelbare Hilfe zukommen konnte, wurden primär finanzielle Anstrengungen unternommen, um damit auch auf der ideellen Ebene die Verbundenheit der Gebiete mit Nordrhein-Westfalen z. T. demonstrativ auszudrücken.

Diese ambivalente Stellung des Ausschusses zwischen seiner unpolitischen Aufgabenzuweisung, die wie gezeigt ein geistiges Kind des Frühjahres 1948 war, und der tatsächlichen Arbeit faßte noch 1952 das Ausschußmitglied Günter Simon (FDP) exemplarisch zusammen. Der Grenzausschuß sei zwar mit der ausdrücklichen Verpflichtung eingesetzt worden, sich nicht in politische Dinge einzumischen, doch

. . . „die Erfüllung dieser Verpflichtung habe sich schon in ganz kurzer Zeit als unmöglich erwiesen, da der Grenzausschuß, wenn er wirklich seinen Aufgaben habe gerecht werden wollen, sich in seinem ständigen Bemühen um wirtschaftspolitische, sozialpolitische und kulturpolitische Belange habe kümmern müssen. Erst ganz allmählich habe sich der Standpunkt herausgebildet, daß der Grenzausschuß Koordinierungsorgan für alle Maßnahmen sei, die im Grenzland anlaufen“²⁴

Nicht zuletzt durch den Grenzausschuß angeregt, ging die Landesregierung im Winter/Frühjahr 1948–1949 mit ihrem Protest gegen die sich konkretisierenden Grenzveränderungen an die Öffentlichkeit. Dies erfolgte aber erst, nachdem im März 1949 mit der konkreten Festlegung der einzelnen Grenzkorrekturmaßnahmen die alliierten Weichen auf Vollzug gestellt worden waren. Vorher appellierte auch der Ausschuß, nicht durch voreilige Verlautbarungen Unruhe zu stiften. Dann machte allerdings Ministerpräsident Karl Arnold innerhalb weniger Wochen in Zeitungsartikeln, Rundfunkinterviews und Reden die Haltung der Landesregierung deutlich. Arnold verwies immer wieder auf das in der Atlantik-Charta verbrieft Selbstbestimmungsrecht der Völker und bezeichnete die Grenzveränderungen als einseitig auferlegt und als Annexionen.²⁵ Auch verwarf er die Bezeichnung Grenzkorrekturen, die 1947 den Begriff der Annexionen im offiziellen politischen Sprachgebrauch ablöste.²⁶ Insbesondere um die Termini Grenzkorrekturen vs. Annexionen entwickelten sich gerade in der Presse und auf politischer Ebene bis Ende 1949 semantische Kämpfe, die auch in ihrer Wirkung auf die breite Öffentlichkeit nicht zu unterschätzen waren.²⁷

In ihrem Bemühen um die deutschen Bewohner der Auftragsverwaltungsgebiete mußten Arnold und der Grenzausschuß überaus empfindlich reagieren, als im Frühjahr 1949 der ‚Fall Mützenich‘²⁸ an der deutsch-belgischen Grenze für wenige Wochen das Interesse der Öffentlichkeit auf sich zog. Denn die Aktivitäten in der Eifelgemeinde unterliefen die Argumente der deutschen Seite für ein Selbstbestimmungsrecht der Völker diametral, als nun eine deutsche Gemeinde die freiwillige Unterstellung unter belgische Verwaltung einem Verbleib

²⁴ Simon im G. A., 2. Wahlperiode, 30. Sitzung, 10. 7. 1952, Archiv d. Landtags NRW.

²⁵ S. dazu die Sammlung der Arnoldschen Aktivitäten in der Denkschrift der Landesregierung für Selbstbestimmung.

²⁶ So Arnold in: „Die Welt“, 7. 12. 1949 (NW 190, Nr. 434, HStAD): „Der Ausdruck ‚Grenzkorrekturen‘ wird von interessierter Seite gebraucht und ist ungenau. Korrigieren kann man nur etwas, was vorher falsch war“.

²⁷ Vgl. dazu Georg Stötzel: Semantische Kämpfe im öffentlichen Sprachgebrauch, in: „Stets wird die Wahrheit hadern mit dem Schönen“. Festschrift für Manfred Windfuhr zum 60. Geburtstag, hg. von G. Cepl-Kaufmann/W. Hartkopf/A. Neuhaus-Koch/H. Stauch, Köln/Wien 1990, S. 421–444, hier bes. S. 421 und 432 ff.

²⁸ Siehe zum „Fall Mützenich“, NW 190, Nr. 1355, HStAD.

bei Nordrhein-Westfalen vorzog. Dennoch reagierte man in Düsseldorf besonnen. Der Hauptausschuß des Kreises Monschau unter Leitung des Grenzausschußmitglieds Maria Flink wurde mit der vorläufigen Wahrnehmung der Verwaltungsaufgaben für Mützenich betraut, und nachdem sich die Wogen nach der ersten Bundestagswahl im August 1949 geglättet hatten, wurden Gemeinderat samt Bürgermeister nach vorherigem Eingeständnis ihres Irrtums wieder in die Ämter eingesetzt.

Jedoch blieb die Forderung nach einer freien Volksabstimmung für die deutschen Bewohner der niederländischen Auftragsverwaltungsgebiete zentraler Ansatzpunkt der Arnoldschen Argumentation im unmittelbaren Zeitraum nach den erfolgten Grenzkorrekturen. Doch seitens der Landesregierung ging man aber bereits Anfang 1952 wieder von diesem Gedanken ab, als erste Anzeichen für einen Meinungsumschwung aus den Auftragsverwaltungsgebieten gemeldet wurden.

Zwar setzten sich Ministerpräsident Arnold und der Grenzausschuß auch in den Jahren nach 1952 immer wieder für die rasche Rückgliederung der Gebiete ein, doch wich das Thema Grenzkorrekturen zunehmend aus dem politischen Blickpunkt. Die Gründe dafür sind vielschichtiger Natur: Bei ihrer Durchführung waren die Grenzkorrekturen schon zu einem „Anachronismus nationalstaatlichen Denkens“²⁹ geworden, deren Brisanz mit der zunehmenden Integration der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft sank. Auch in den Niederlanden, wo das westliche Deutschland wieder rasch zu einem zentralen Handelspartner heranwuchs,³⁰ waren die Grenzkorrekturen schon bei ihrer Realisierung umstritten und besaßen ihren Wert höchstens noch als niederländischer Faustpfand für eventuelle Friedensvertragsverhandlungen mit Deutschland.³¹

Desweiteren zeichneten der deutsch-belgische Ausgleich 1956 (mit erfolgter Rückgliederung der deutschen Gebiete am 28. August 1958) und noch wichtiger, die endgültige Klärung der Saarfrage, die als Zäsur für die Ereignisse zu werten sein dürfte, den zukünftigen Weg auch für die deutsch-niederländischen Grenzfragen ab. Seit Mitte der 1950er Jahre war die Regelung dieser Probleme in vielen Augen nur noch eine Frage der Zeit, wenn sie sich auch durch das erneute Aufleben grundsätzlicher Diskussionen in den Niederlanden noch bis 1963 hinzog.

Aufgrund der vorhandenen engen Verbindung des Grenzausschusses mit dem Schicksal der Auftragsverwaltungsgebiete machte sich nach der Rückgliederung der niederländischen Auftragsverwaltungsgebiete 1963 und der erfolgten Beratung der wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen des Landes das Fehlen dieses zentralen Arbeitsschwerpunktes im Aufgabenkanon des Ausschusses deutlich. Denn nach dem August 1963 trat der Ausschuß entgegen seiner ansonsten turnusmäßigen Sitzungsfrequenz in sechswöchigem Abstand nur noch sporadisch

²⁹ Pabst, Holländisch, S. 176.

³⁰ Vgl. hierzu Horst Lademacher: Die Niederlande und der Rhein-Ruhr-Raum. Ein Beitrag zur Relevanz der Wirtschaft 1945/46 bis 1949, in: Hein Hoebink (Hg.): Staat und Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1816–1991. 175 Jahre Regierungsbezirk Düsseldorf, Essen 1992, S. 167–180. Lademacher verdeutlicht, daß zumindest in niederländischen Wirtschaftskreisen schon mit Ende des Zweiten Weltkriegs gerade in bezug auf den Rhein-Ruhr-Raum statt Revanchismus „kühle Rationalität“ gesiegt hatte (S. 168).

³¹ Vgl. Dirk U. Stikker: Men of Responsibility. Dt. Ausgabe: Bausteine für eine neue Welt, Gedanken und Erinnerungen an schicksalhafte Nachkriegsjahre, Düsseldorf 1966, S. 223 f.

zusammen und wurde auch mit Beginn der sechsten Wahlperiode nicht mehr eingesetzt. Doch mit dem Wegfall der politischen Komponente waren die wirtschaftlichen Nachteile des Grenzlandes, denen sich der Ausschuß qua definitionem zuzuwenden hatte, noch nicht gelöst. Daher bleibt die Schlußfolgerung, daß der Grenzausschuß ein politisches Instrument des Landtags von Nordrhein-Westfalen war, das Grenzland neben der wirtschaftlichen Unterstützung vor allen Dingen ideell in den offenen Grenzfragen zu stärken.

III.

„Der Gedanke der Grenzhilfe war nicht nur fruchtbar, er war die einzige praktische Möglichkeit, den am meisten geschädigten Teilen des Landes im denkbar schnellsten Tempo zu helfen“³²

Die Einsicht in die dringend notwendige wirtschaftliche Unterstützung des Grenzlandes war aber keineswegs ein Resultat der erfolgten Grenzkorrekturen, wenn auch die bereits 1945 einsetzenden territorialen Entschädigungsforderungen etwa der Niederlande das Bewußtsein gestärkt haben dürften, mit besonderen finanziellen Mitteln für die Sicherung der Grenzregionen beizutragen. Bereits in den ersten Teilhaushalten (1946 in der Nordrhein-Provinz von Robert Lehr initiiert) wie im gemeinsamen ersten Landeshaushalt³³ waren besondere Zuwendungen für die Grenzregionen vorgesehen. Erstmals erscheint im Landeshaushaltsplan Ende 1948 eine Grenzlandhilfe, die in zinsgünstige Kredite zum Aufbau von Industrie und Handel sowie in den zumeist als verlorene Zuschüsse ausgeschütteten Grenzlandfonds zerfiel. Dieser Fonds erhielt die genaue Zweckbestimmung, „den Grenzgebieten den Anschluß an die Entwicklung in den übrigen Landesteilen zu erleichtern“.³⁴ Geistiger Vater dieser Hilfsaktion dürfte trotz der rückwirkend zahlreich auftretenden Vaterschaft der Grenzausschußvorsitzende Leo Schwering gewesen sein. Schwering kannte noch aus seiner Abgeordnetentätigkeit als Zentrumspolitiker im preußischen Landtag die in den 1920er Jahren eingerichtete Westhilfe, an der sich sein Konzept des Grenzlandfonds orientierte. Er erwähnte den Gedanken einer Grenzlandhilfe erstmals auf einer CDU-Parteiversammlung in Kall/Eifel im März 1947 und brachte seine Vorstellungen wenige Monate später auch vor der CDU-Landtagsfraktion vor.³⁵ Die Kreditaktion hatte ihren Urheber in Finanzminister Heinrich Weitz.³⁶ Sie hatte ihren Schwerpunkt in den frühen Jahren der Grenzlandhilfe. So flossen alleine 1948–1951 rund 40 Millionen DM ins Grenzland, bis 1958 waren es insgesamt 66,3 Millionen DM. Der

³² Nachlaß Schwering, Vertraulicher Bericht, Best. Nr. 1193, Nr. 621, Hist. Archiv Köln; Ders.: Werden und Wirken der Grenzlandhilfe, S. 38.

³³ Zur Haushaltsgestaltung der frühen Jahre des Landes Nordrhein-Westfalen insgesamt Walther Nordbeck: Geschichte des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen von 1946–1956, Düsseldorf 1967.

³⁴ Matthiae rückblickend im G. A., 4. Wahlperiode, 12. Sitzung, 6. 5. 1960, Archiv d. Landtags NRW.

³⁵ Nachlaß Schwering, Vertraulicher Bericht, Best. Nr. 1193, Nr. 621. S. auch Leo Schwering: Werden und Wirken der Grenzlandhilfe, S. 33.

³⁶ Ebd., S. 36. In diesen Kontext setzt Schwering auch die Bemühungen des damaligen Landwirtschaftsministers Lübke, der durch die Einrichtung sogenannter Aufbauringe, in der die Landwirte ihre Angelegenheiten selbständig lösten, die landwirtschaftlichen Wiederaufbau forciert hatte.

Grenzlandfonds stellte bis 1963 335 Millionen DM zur Verfügung. Diese verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Ressortbereiche, die auch die Bandbreite des All-Zweck-Fonds deutlich machen (Angaben bis 1962): 20,6% für die Landwirtschaft, 12,9% für die Forstwirtschaft, 17,9% für den Straßenbau, 18,9% für kommunale Infrastrukturmaßnahmen, 9,1% Kultur, 17,6% Soziales.³⁷ Am meisten profitierte demnach die Landwirtschaft von der Grenzlandhilfe, was aber aufgrund der überwiegend agrarischen Struktur der Grenzregionen einerseits, den fehlenden wirtschaftlichen Alternativen in den ersten Nachkriegsjahren andererseits verständlich wird. Auch unter dem Aspekt der Ernährungssicherung kam den landwirtschaftlichen Gebieten entlang der Westgrenzen eine wichtige Bedeutung zu, während Aspekte der Umstrukturierung der Wirtschaftskraft und Vermeidung monostrukturierter Gebiete erst Ende der 1950er Jahre stärkere Dynamik erhielten. Ähnlich große Unterstützungen wurden auch Industrie und Handwerk und dem Straßenbau zuteil, bevor mit fortlaufenden Jahren andere Schwerpunkte wie soziale Einrichtungen (Krankenhäuser, Altenheime) und kulturelle Maßnahmen (Instandsetzung von Kirchen, Theatern, Förderung von Kulturprogrammen) festgelegt wurden.

Den Auftragsverwaltungsgebieten ging von dieser Summe nur ein geringerer Teil zu. Denn der Landesregierung war es abseits der direkten ‚Einflußnahme‘ auf den Schul- und Kirchenbereich kaum möglich, unmittelbare Hilfe zur Verfügung zu stellen. So flossen die zur ‚Verwendung der zur Betreuung der unter niederländischer Verwaltung stehenden Gebiete bereitgestellten Mittel der Grenzlandhilfe‘ zumeist in Form von Zuschüssen für Vereine, Veranstaltungen, für die Schulen und deren Lehrerschaft, für Schulfahrten, Unkostenzuschüsse für Bücher- oder Instrumentenkäufe, Reisen bzw. Bildungsausflüge ins Bundesgebiet etc.³⁸ Des weiteren unterstützte die Landesregierung durch zinsgünstige Kredite den privaten Wohnungsbau in den Gebieten und versuchte auch durch die mehrschichtige Förderung des unmittelbaren Umfelds der Auftragsverwaltungsgebiete ihr Engagement zu unterstreichen. Hierbei nahmen Form und Inhalt der Unterstützungen für die Auftragsverwaltungsgebiete z. T. fragwürdigen Charakter an, wenn etwa Arnold einer Kreisverwaltung die Mitteilung macht, daß der Zuschuß für die unentgeltliche Lieferung des Heimatkalenders . . . „den Empfängern des Kalenders in geeigneter Weise“ bekannt zu machen sei, daß dieser Zuschuß aus Mitteln der Grenzlandhilfe stamme und daß diese Maßnahme „als ein Akt der Verbundenheit des ganzen Landes mit der unter holländischer Auftragsverwaltung stehenden Bevölkerung verstanden werden möge“.³⁹

Zwar geben die Quellen keinen exakten Überblick über die so in die Auftragsverwaltungsgebiete geflossenen Gelder, doch Hochrechnungen lassen von einem sechststelligen Betrag ausgehen, der alleine in den 14 Jahren für die niederländischen Auftragsverwaltungsgebiete bereitgestellt wurde. Hierbei lag das besondere Augenmerk auf der ideellen Unterstützung der Gebiete, primär durch die Förderung von Heimatvereinen und des kulturellen Lebens vor

³⁷ Angaben nach Pabst, Artikel „Grenzlandhilfe“, S. 170. Dazu ausführlich Woelk, Grenzausschuß, S. 54 ff. Vgl. auch die Ausführungen Leo Schwerings: Werden und Wirken der Grenzlandhilfe, S. 36.

³⁸ Nachweis über die Verwendung der zur Betreuung unter niederländischer und belgischer Auftragsverwaltung stehenden Gebiete bereitgestellten Mittel der Grenzlandhilfe für 1954; Regierungspräsident Aachen an Grenzlandreferat 17. 1. 1955, BR 1047, Nr. 392, HStAD.

³⁹ Schreiben Arnold an Kreisverwaltung Heinsberg-Geilenkirchen, 22. 12. 1952, BR 1047, Nr. 398, HStAD.

Ort. Insbesondere der bleibende Einfluß auf die Lehrerschaft zeichnete sich hierbei für die Landesregierung positiv aus, waren doch viele Lehrer in ihrer Freizeit gleichzeitig in verantwortlicher Position in derartigen Vereinen tätig und trugen ihren Teil zur ideellen Stärkung der deutschen Bevölkerung bei.⁴⁰ Diesen auch als politischen Charakter der Grenzlandhilfe zu bezeichnenden Einsatz unterstrich Finanzminister Heinrich Weitz 1950 exemplarisch im Grenzausschuß:

. . . „Der eigentliche Grund für die Grenzlandunterstützung ist außenpolitischer Art. Man wolle das Deutschtum gegenüber dem Ausland schützen, nicht aber Kriegszerstörungen beheben, was mit der eigentlichen Grenzlandpolitik nichts zu tun hat.“⁴¹

Und es hat nicht nur mit dem hohen Zerstörungsgrad der Grenzregionen und mit der sich stabilisierenden Haushaltslage des Landes zu tun, wenn gerade in den Jahren 1948–1952 die höchsten Etatposten für die Grenzlandhilfe aufgewiesen werden können. Besonders 1951, als erstmalig auch verstärktes finanzielles Engagement der Niederlande in den Auftragsverwaltungsgebieten verzeichnet wurde, schnellte der Grenzlandfonds auf die einmalige Rekordhöhe von 39 Millionen DM. Gleichzeitig wurden die Mittel der Grenzlandhilfe, die bis dato beim Finanzministerium und beim Ministerium für Wirtschaft und Verkehr nachgewiesen waren, 1951 einheitlich in den Etat des Ministerpräsidenten überführt, um die besondere sozial-, wirtschafts-, kultur- und nicht zuletzt außenpolitische Bedeutung der Grenzlandarbeit zu unterstreichen. Dadurch wurde zum einen die Verplanung der Mittel erleichtert, zum anderen der Überlegung Rechnung getragen, daß die Grenzfragen weitergehende Belange tangierten als die eines Fachministeriums.⁴²

Immer wiederkehrenden Gerüchten nach weiteren Grenzkorrekturen entgegnete die internationale politische Entwicklung, die die anfänglich beschworene Gefahr weiterer Grenzveränderungen im Westen oder separatistischer Bewegungen rasch beseitigte. Wenn der Grenzausschuß noch bis Mitte der 1950er Jahre vor „weiteren Mützenichs“ warnte, so lagen dieser Einschätzung keine beweisbaren Entwicklungen im Grenzland zugrunde. Vielmehr wurde Mützenich zum geflügelten Wort für eine beizubehaltende finanzielle Zuwendung für das Grenzland. Denn wie der Fall Mützenich 1949 die Landesregierung dazu bewog, das finanzielle und ideelle Engagement im Grenzland zu verstärken, so sah der Grenzausschuß nach 1952 ein objektiv schwindendes Interesse an den Grenzlandfragen. So galt es nicht zuletzt durch das Eintreten für eine gleichbleibend hohe Grenzlandhilfe diesem Trend – retrospektiv betrachtet vergeblich – zu begegnen.⁴³ Nur aus der Bewußtseinslage der frühen Nachkriegszeit dürfte daher auch das Engagement der Landesregierung, des Grenzausschusses wie auch einzelner Persönlichkeiten wie Karl Arnold oder Leo Schwing zu verstehen sein, die

⁴⁰ Vgl. Pabst, *Holländisch*, S. 168; Woelk, *Grenzausschuß*, S. 140 ff.

⁴¹ Weitz im G. A., 1. Wahlperiode, 26. Sitzung, 24. 2. 1950, Archiv d. Landtags NRW.

⁴² Vgl. Schwing im G. A., 3. Wahlperiode, 20. Sitzung, 12. 10. 1957, NW 154, Nr. 1134, HStAD; Ministerpräsident Mayers im G. A., 4. Wahlperiode, 2. Sitzung, 20. 11. 1958, Archiv d. Landtags NRW.

⁴³ Hieraus begründete Schwing, der bereits das Pensionsalter erreicht hatte, auch seine erneute Kandidatur für die Legislaturperiode ab 1958: . . . „weil ich die Grenzlandhilfe über die gefährlichste Epoche möglichst ungeschoren hinwegbringen will, das wird 1958–1962 sein . . . Auf jeden Fall ist es für die gegenwärtige Koalition, die uns nicht wohl will, schwerer die Grenzlandhilfe zu schwächen oder gar zu beseitigen, wenn sie bei diesem Kampfe einem alten und versierten Kenner begegnen“ (Schwing an Gustav Poensgen, 1. 4. 1958, Nachlaß Schwing, Nr. 605, Hist. Archiv Köln).

Grenzkorrekturen bis Anfang der 1950er Jahre einen zweifelsohne überhöhten Stellenwert zuzusprechen. In diesem Licht erscheint die anfänglich zurückhaltende Politik der Bundesregierung in bezug auf die Grenzfragen mit den Benelux-Staaten, die auf z. T. herbe Kritik Arnolds und des Grenzausschusses stieß, langfristig der geeignetere Weg gewesen zu sein, das Thema im Rahmen eines weiter angelegten Ausgleichs mit den Anrainerstaaten zu debattieren. Seitens des Grenzausschusses wie auch Arnolds wurde die Zurückhaltung der Bundesregierung allerdings eindeutig negativ interpretiert, repräsentativ dafür eine Situationseinschätzung Schwerings 1954 in einem Schreiben an Arnold. Es sei festzustellen,

. . . „daß in den betroffenen Gebieten der Eindruck vorhanden ist, als wenn die Bundesregierung an deren Schicksal [der deutschen Bevölkerung in den Auftragsverwaltungsgebieten – W. W.] nicht übergroß interessiert sei. Wohl rede man viel vom Saargebiet und der Oder/Neiße Linie, die Westverluste würden fast immer verschwiegen. Offenbar tue man das, weil es sich ‚nur‘ um 12000 Menschen handle . . . Vor allem beklagt man sich in den abgetretenen Gebieten, daß die Bundesregierung sich scheue, wirtschaftlichen Druck im Sinne einer beschleunigten Rückgliederung auszuüben“.⁴⁴

Die sinkende Bedeutung der Grenzfrage scheint sich auch an der kontinuierlichen Kürzung der Grenzlandhilfe festmachen zu lassen. Nachdem bereits 1958 die Grenzlandhilfe ausnahmsweise auch über das festgelegte Grenzland hinaus verteilt worden war, nahm der Umfang des zubilligten Etats stetig ab, um dann nach 1963 nur noch ein Schattendasein im Haushalt des Landes zu führen, bevor der Grenzlandfonds 1977 endgültig eingestellt wurde.

Desweiteren geriet der Fonds Mitte der 1960er Jahre immer stärker in die Kritik, als eine gezieltere Landesstrukturförderung ebenso die Grenzlandpolitik beeinflusste, wie die einsetzenden großflächigen Wirtschaftskrisen ein Überdenken der Haushaltsmittel des Landes nötig machten. Doch der besondere Wert der Grenzlandhilfe lag weniger in der strukturfördernden Wirkung als vielmehr auf einer anderen Ebene: Ohne die verlorenen Zuschüsse wären sehr viele Maßnahmen im Grenzland vielleicht nicht, aber zumindest mit größerer zeitlicher Verschiebung in Gang gekommen. Durch die geleistete Anschubfinanzierung wurden Projekte in die Wege geleitet, die auch unter arbeitspolitischen Gesichtspunkten von Bedeutung waren. Hier dürfte auch die größte inhaltliche Nähe zur preußischen Westhilfe gelegen haben, die Schwering bekanntlich als Vorbild des Fonds herangezogen hatte.⁴⁵ Einen besonderen Vorzug wies die Grenzlandhilfe aufgrund ihrer – im Vergleich zu anderen Förderprogrammen – relativ unbürokratischen und raschen Mittelzuteilung auf. In Zusammenarbeit von Grenzausschuß und Grenzlandreferat beraten und verteilt, vom Grenzlandreferat koordiniert, bedurften die Mittel keiner oft verzögernden Abstimmung einzelner Ressorts und erreichten so rasch ihre Empfänger. Dies war auch für die Auftragsverwaltungsgebiete von Vorteil, da somit kurzfristige Bedürfnisse befriedigt werden konnten.

Dem Engagement des Landes Nordrhein-Westfalen stehen die Investitionen der Niederlande in ihre Auftragsverwaltungsgebiete gegenüber. Im deutsch-niederländischen Staatsvertrag sind diese Investitionen für die 14jährige Verwaltung mit 21 Millionen DM pauschal veranschlagt worden⁴⁶, wobei es in diesem umfassenden Ausgleich nicht darum ging, eine genaue

⁴⁴ Schwering an Arnold, 5. 4. 1954, NW 190, Nr. 462, HStAD.

⁴⁵ Vgl. dazu die Studie Fritz Blaichs: Grenzlandpolitik im Westen 1926–1936. Die ‚Westhilfe‘ zwischen Reichspolitik und Länderinteressen, Stuttgart 1978.

⁴⁶ Vgl. zu dem Vertragswerk (Landtag NRW, 5. Wahlperiode, Drucksachen Nr. 153) auch die Ausführungen Rolf Lahrs, einem der Verhandlungsführenden auf deutscher Seite: Der Ausgleich mit den

Kostenaufrechnung zu begleichen. Vielmehr gelang es, die strittigen Grenzkorrekturen in einem Vertragswerk zu regeln, das einen endgültigen Schlußstrich unter das Thema Grenzfragen zog.

IV.

Als am 23. April 1949 gegen 12 Uhr mittags niederländische Polizei und Militär in Elten, Suderwick und in den Selfkant⁴⁷ einrückten, waren Proteste, finanzielle wie materielle Unterstützungsangebote der nordrhein-westfälischen Landesregierung gescheitert. Auch hatte der undiplomatische und nicht nur aus niederländischer Perspektive deplazierte Gesprächsversuch Arnolds mit führenden niederländischen Politikern wenige Tage vor der offiziellen Abgliederung der deutschen Gebiete der Sache – aus deutscher Sicht – eher noch geschadet. Denn es lag weder eine Einladung noch eine Gesprächsbereitschaft der niederländischen Regierung oder einzelner Politiker vor.⁴⁸

Eine offizielle Übergabe der Gebiete an die Niederlande fand nicht statt, . . . „alles glich mehr oder weniger einer militärischen Besetzung“.⁴⁹ Die Bevölkerung selbst schien der Übernahme mit Skepsis und Zurückhaltung gegenüberzustehen, so daß die Einschätzung der niederländischen Zeitung *De Tijd* vom 25. 4. 1949 wohl zutreffend charakterisiert: . . . „wenn wir unseren Eindruck von der Bevölkerung in einigen Worten festlegen wollen, so müssen wir sagen: man war nervös, ängstlich und abwartend“.⁵⁰ Daß aber die deutsche Öffentlichkeit der Entwicklung mit Zurückhaltung begegnet wäre, wie es Schwering retrospektiv artikuliert, dürfte nur mit Einschränkung gelten. Denn zumindest in der Presse wurde ein Sturm der Entrüstung ausgelöst, der sich nahezu identisch durch alle deutschen Zeitungen zog. Zurückhaltung legte lediglich die Politik aus ersichtlichen Gründen an den Tag, wäre es doch für die weitere Entwicklung vielleicht schädlicher gewesen, den von Schwering geforderten Staub aufgewirbelt zu haben.⁵¹

Für die beiden großen Auftragsverwaltungsgebiete Elten und Selfkant wurden eigene niederländische Verwalter, die Landdrosten, bestellt. Die bisherigen Gemeindevertretungen traten außer Kraft und die deutsche Bevölkerung wurde schrittweise unter niederländische Gesetzgebung gestellt. „Die niederländische Auftragsverwaltung war in ihrem Aufbau mehr oder

Niederlanden, in: *Außenpolitik*, 11 (1960), S. 357–363 und G. E. van Ittersum: *Die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland*, in: *Außenpolitik*, 9 (1958), S. 610–616.

⁴⁷ Zur Situation des Selfkants unter niederländischer Auftragsverwaltung siehe die lokalhistorischen, zwar gelegentlich emotional gefärbten, aber in ihrer historischen Darstellung zutreffenden Untersuchungen Bischofs: *Selfkant-Grenzland*. Hg. von der Gemeinde Selfkant, o. O., 1974 und ders.: *Vor 20 Jahren. Die Abtrennung des Selfkants am 23. April 1949*, in: *Heimatkalender des Kreises Geilenkirchen-Heinsberg*, 1969, S. 41–59.

⁴⁸ S. dazu Detlev Hüwel: *Karl Arnold. Eine politische Biographie* (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 1), Wuppertal 1980, S. 174 f., der aber diesen Themenbereich nicht ausschöpfend behandelt; sowie Horst Lademacher: *Die Niederlande und Deutschland*, S. 504.

⁴⁹ Klaus Bischofs, *Selfkant*, S. 6.

⁵⁰ *Ebd.*, S. 73.

⁵¹ S. Nachlaß Leo Schwering, Best. Nr. 1193, Nr. 642.4, *Hist. Archiv Köln*.

weniger diktatorial“,⁵² der Einfluß der nordrhein-westfälischen Landesregierung konzentrierte sich auf einzelne Bereiche, die nicht unter niederländische Verwaltung standen. Solche Ausnahmen bildeten für die deutschen Bewohner die Bereiche des fehlenden Militärdienstes und Wahlrechts, ferner die Bereiche Schul- und Kirchenwesen. Gerade in bezug auf das Schulwesen hatte es in den Niederlanden zwar Überlegungen gegeben, daß deutsche Schulsystem nur als Übergangslösung zu akzeptieren. Doch kamen den niederländischen Parlamentariern Zweifel darüber auf, inwieweit dieser rigide Eingriff in die Auftragsverwaltungsgebiete mit der Vorläufigkeit der Grenzkorrekturen vereinbar gewesen wäre,⁵³ und so blieb der deutsche Unterricht in den Schulen der Auftragsverwaltungsgebieten – allesamt Volksschulen – bis 1963 erhalten. Im Vergleich zum Vorgehen Belgiens waren die Niederlande generell viel stärker darum bemüht, die deutsche Bevölkerung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in die Niederlande zu integrieren. Dieses Vorgehen wurde durch Hilfen untermauert, die den Besuch niederländischer Schulen oder Universitäten erleichterten, verschiedenartige finanzielle Anreize schafften und ab 1951 auch die Verbesserung der Infrastruktur der Ortschaften vornahm.⁵⁴

In ihren Pässen erhielten die deutschen Bewohner den Vermerk ‚*wordt behandeld als Nederlander*‘, und die Unterstellung der Gebiete 1951 als gleichberechtigte Teile der Provinzen Gelderland (Elten) und Limburg (Selfkant) im Rahmen des zweiten Grenzkorrekturgesetzes vom 26. 9. 1951, das den bis dato vorläufigen Grenzkorrekturbeschuß zugunsten eines Gesetzes abwandelte⁵⁵, ließ nicht nur bei den Landtagspolitikern das Gefühl aufkommen, daß eine endgültige Inbesitznahme erfolge. Dies wurde zudem durch zahlreiche Gerüchte geschürt, die Mitte der 1950er Jahre immer wieder eine angebliche Volksabstimmung durch die Niederlande in Umlauf brachten. Und dies war für die Landesregierung um so besorgniserregender, als sich ab 1952 ein Meinungsumschwung zu Gunsten der Niederlande konstatierten ließ. Gingen die nordrhein-westfälischen Stellen noch bis 1951 von einem eindeutigen Votum der deutschen Bewohner für Deutschland aus, so kamen spätestens ab 1952 erste Zweifel darüber auf. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde auch in den Niederlanden Protest über die Vernachlässigung der Auftragsverwaltungsgebiete geführt,⁵⁶ und auch die Landdrosten

⁵² Bischofs, Selfkant, S. 10; Pabst, Holländisch, S. 166, spricht von einer „Entwicklungsdiktatur, da die Bevölkerung selbst keine Mitwirkungsrechte besaß“.

⁵³ Vgl. Pabst, Holländisch, S. 168 f.

⁵⁴ Um den Kontakt der Bewohner zur Landesregierung aufrecht zu erhalten, vereinbarte Arnold etwa 1952 mit dem Landrat des Kreises Geilenkirchen-Heinsberg (Selfkant) einen Beauftragten der Landesregierung einmal im Monat nach Geilenkirchen zu entsenden, um den Bewohnern des Auftragsverwaltungsgebiets die Fühlungnahme mit der Landesregierung zu ermöglichen (Notiz Staatskanzlei [ohne Datum], NW 190, Nr. 466, Bd. I, HStAD.). Als symbolische Geste hatte sich der Kreis Geilenkirchen-Heinsberg am 8. 1. 1950 in Selfkantkreis Geilenkirchen-Heinsberg umbenannt. S. Landrat Pilates an Arnold, 21. 4. 1954, NW 190, Nr. 467, Bd. I, HStAD. Weitere symbolische Gesten waren etwa das Einlegen einer Gedenkminute im Landtag am Tage der Abgliederung (Vermerk NW 22, Nr. 1274, HStAD) oder der Beschluß des Landtags, in den von den Grenzkorrekturen betroffenen Kreis- und Gemeinderäten so viele Sitze symbolisch freizulassen, wie sie der Anzahl der deutschen Bevölkerung unter Auftragsverwaltung entsprach (Erklärung der Landesregierung und des Hauptausschusses vom 11. 10. 1952, NW 397, Nr. 184, HStAD).

⁵⁵ Vgl. dazu auch Pabst, Holländisch, S. 165.

⁵⁶ Vgl. Artikel im „Nieuwe Rotterdamsche Courant“, NW 190, Nr. 466, Bd. I, HStAD.

klagten über das fehlende Engagement ihrer Regierung. Erst mit dem Einsetzen eines niederländischen Investitionsprogramms⁵⁷ schien die niederländische Seite Boden zu gewinnen. Erste Anzeichen liefern die subjektiven Lageberichte der Landdrosten. So kommt Hubert Dassen, Landdrost für den Selfkant, in seinem Bericht für 1951 zum Fazit, daß die Bevölkerung die neue Situation mittlerweile bereitwillig angenommen habe. Wenn er auch noch infrastrukturelle Defizite konstatierte, seien jedoch . . . „zahlreiche Bewohner jetzt wohlhabender als je zuvor“.⁵⁸ Diese Aussagen korrespondieren mit gleichlautenden Berichten der deutschen Unter- und Mittelbehörden, die z. T. mit seismographischer Genauigkeit jede Entwicklung in den Auftragsverwaltungsgebieten aufzeichneten. So finden sich seit Anfang 1952 zahlreiche Dokumente, die zwar noch von einem mehrheitlichen Votum der Bevölkerung für die deutsche Seite ausgehen, aber auch bilanzieren: . . . „Die Situation verlangt gebieterisch eine baldige Lösung, da die Zeit offenbar nicht für uns arbeitet“.⁵⁹ 1957 nimmt dann auch der Grenzausschuß Abschied von der bis dahin noch alleine auf nordrhein-westfälischer Seite gehegten Forderung nach einer Volksabstimmung. Doch bleibt trotz aller Warnungen offen, wie sich die deutsche Bevölkerung bei einer tatsächlichen Volksabstimmung verhalten hätte, was die meisten Berichte auch berücksichtigen. Dennoch stand vor allen Dingen Ausschußvorsitzender Leo Schwing dem Verhalten vieler deutscher Bewohner der Auftragsverwaltungsgebiete kritisch gegenüber, die sich aufgrund der vorhandenen wirtschaftlichen Vorteile auf niederländischer Seite nicht besonders engagiert zeigten, für das ‚Deutschtum‘ einzutreten. Der ‚verstärkte Materialismus der Gesinnung‘ machte sich nach Ansicht Schwings allenthalben deutlich: . . . „Wenn man mit der Bevölkerung spreche, könne man feststellen, daß sie gleichzeitig die deutsche und die niederländische Kuh melken möchte“.⁶⁰ Schwing konnte sich bei diesem schroffen Urteil auch auf die Berichte der Regierungspräsidenten stützen, die das obige, für Elten geltende Zitat, auch auf den Selfkant übertragen lassen. Stellvertretend hierfür eine Meldung des Aachener Regierungspräsidenten an den Ministerpräsidenten Steinhoff über die Situation im Selfkant 1957, der zusammenfassend feststellt,

. . . „daß die Zeit nicht für Deutschland gearbeitet hat und arbeitet . . . Wenn auch genaue Zahlenangaben über die Stimmung naturgemäß nicht möglich sind, so ist doch so gut wie sicher, daß die meisten Selfkänder den jetzigen Zustand in wirtschaftlicher Hinsicht als den angenehmsten empfinden, weil der Bevölkerung zur Zeit sowohl von holländischer wie auch von deutscher Seite besondere Vorteile geboten werden“.⁶¹

⁵⁷ Vgl. dazu Artikel „Aachener Nachrichten“ NW 190, Nr. 467, HStAD; G. A., 3. Wahlperiode, 3. Sitzung, 2. 2. 1957, Archiv d. Landtags NRW; Kreisarchiv Heinsberg Nr. A. 2546.6; Pabst, Holländisch, S. 165 ff.

⁵⁸ Lagebericht des Drostamts Tüddern (Selfkant) für 1951/52. Abschrift des Auswärtigen Amtes (Bonn) an die Staatskanzlei NRW, 17. 7. 1951, NW 190, Nr. 466, Bd. I, HStAD.

⁵⁹ So etwa Entwurf des Oberkreisdirektors Heinsberg an den Regierungspräsidenten Aachen, 22. 10. 1952, Nr. 2546.6, Kreisarchiv Heinsberg.

⁶⁰ Schwing im G. A., 3. Wahlperiode, 16. 5. 1957, NW 154, Nr. 1131, HStAD; Nachlaß Schwing, Best. Nr. 1193, Nr. 621, Hist. Archiv Köln.

⁶¹ Regierungspräsident Aachen an Ministerpräsident Steinhoff, 17. 1. 1957, Nr. 2546.6, Kreisarchiv Heinsberg. Ging der Aachener Regierungspräsident 1953 noch von einer knappen Mehrheit für die deutsche Seite bei einer Volksabstimmung aus, so warnte er 1957 ebenso wie der Grenzausschuß davor, bei den beginnenden Verhandlungen mit den Niederlanden auf eine Abstimmung zu verzichten, da ein

Dies dürfte für Elten in vielleicht noch größerem Maße gegolten haben. Hatte doch der zuständige Landdrost Blaauboer im Gegensatz zu seinem eher auf öffentliche Wirksamkeit ausgerichteten Kollegen Dassen im Selfkant für Elten höhere Investitionen erreichen können und zudem Wohnungsbau und den einsetzenden Fremdenverkehr gefördert.⁶² Gerade der Tagestourismus wurde für Elten zu einer wichtigen Finanzquelle, so daß auch die Düsseldorfer Nachrichten 1960 nach Abschluß der Verhandlungen zum deutsch-niederländischen Staatsvertrag bilanzierten: „Für Elten ist die Rückkehr bitter . . . In allen holländischen Grenzorten profitieren Handel und Gewerbe seit Jahren davon, daß die Preise in Holland niedriger sind als in Deutschland“, so daß sich die Eltener Geschäftswelt bereits Gedanken mache . . . „wann es mit dieser Wirtschaftsblüte zu Ende sein wird“.⁶³

Dennoch lassen sich keine einheitlichen Aussagen über die Auswirkungen der Grenzkorrekturen und das einsetzende Werben auf die deutschen Bewohner der Auftragsverwaltungsgebiete treffen. Hierzu bedürfte es einer genauen, quellenmäßig schwer zu realisierenden Analyse dahingehend, wer durch die Grenzkorrekturen Vorteile erlangen konnte bzw. wer sich durch die Maßnahmen, sei es aus pragmatisch-ökonomischen oder auch nur aus subjektivem Empfinden, benachteiligt fühlte. Ebenso ist allerdings auch festzuhalten, daß es kollektive Formen des offenen Protests gegen die Auftragsverwaltung nicht gegeben hat. Für keines der Gebiete lassen sich ähnliche Entwicklungen herausarbeiten, wie sie in umgekehrter Stoßrichtung etwa in Monschau oder Mützenich 1949 geschahen. Lediglich die Proteste Einzelner, deren Wirkung nur auf das unmittelbare Umfeld zielen konnte, prägten das Bild: Das Hissen der deutschen Flagge an Feiertagen, das Anbringen von Plakaten und Wandsprüchen pro-deutschen Inhalts, das Verbrennen einer niederländischen Flagge, oder die Weigerung eines Vaters, seinen Sohn zum niederländischen Sprachunterricht in der Schule zu schicken.⁶⁴

Nach der Überwindung der durch die Verwaltungsübernahme bedingten Schwierigkeiten wie z. B. der anfänglichen Doppelbesteuerung in Deutschland verdienter Löhne und Gehälter, Nachteile beim Geldumtausch, Probleme beim Verkauf qualitativ geringwertigerer Landwirtschaftsprodukte⁶⁵, verlief das Leben in den Auftragsverwaltungsgebieten schon relativ schnell wieder in geregelten Bahnen. Dennoch war dieses Leben trotz des beiderseitigen Werbens zumindest etwas komplizierter: Grenzausweise erschwerten in der Anfangszeit den Grenzverkehr, Kontakte nach Deutschland waren z. T. nur durch eine besondere Genehmigung des Landdrosten möglich. Unterstützungen der Landesregierung konnten durch die Zollgrenzen

pro-deutsche Ergebnis nicht sicher sei. Siehe dazu auch Pabst, *Holländisch*, S. 169. Die vom Aachener Regierungspräsidenten umschriebenen ‚Vorteile‘ umfaßten neben den infrastrukturellen Aktivitäten der Niederlande (Straßenausbau, Gebäuderenovierung und -instandsetzung) besondere finanzielle Anreize. So in Form einer „Rentenzahlung an alte Leute“ wie auch durch „Arbeit, niedrigere Lebenshaltungskosten, keine Besteuerung des Grundvermögens, keine Heranziehung des Privatvermögens zum Lastenausgleich“ (Regierungspräsident Aachen an Arnold, 11. 11. 1952, NW 190, Nr. 467, Bd. I, HStAD).

⁶² Vgl. Pabst, *Holländisch*, S. 167.

⁶³ „Düsseldorfer Nachrichten“, 31. 12. 1960, NW 397, Nr. 268, HStAD.

⁶⁴ Regierungspräsident Aachen an Grenzlandreferat, 7. 3. 1951, NW 190, Nr. 466, Bd. II. Aufgrund der fehlenden Quellen bleibt auch leider offen, wie die niederländische Minderheit in den Auftragsverwaltungsgebieten auf die Entwicklungen reagierte.

⁶⁵ Vgl. Pabst, *Holländisch*, S. 168.

behindert oder unmöglich gemacht werden, Einfuhren aus Deutschland, handelte es sich auch nur um ein Blasinstrument für die Musikkapelle des Ortes, wurden zu einem bürokratischen Unterfangen, gelegentlich war man auch dem Gutdünken des Landdrostes ausgesetzt. Gerade diese Alltagserfahrungen machen es äußerst schwierig, ein abschließendes Urteil über die Wirkung des beiderseitigen Werbens um die Gunst der deutschen Bevölkerung in den Auftragsverwaltungsgebieten zu fällen.

Während die Abtretung der Gebiete 1949 erst wenige Tage vor dem offiziellen Datum entschieden worden war und der belgische Verzicht auf einen Großteil der zugesprochenen Gebiete für Aktivität bei der Landesregierung sorgte⁶⁶, konnten sich die verantwortlichen Stellen in Düsseldorf auf die Rückgliederung am 1. August 1963 planerisch einstellen. Nachdem seit 1958 bilaterale Verhandlungen zwischen Bonn und Den Haag aufgenommen und 1960 der deutsch-niederländische Staatsvertrag unterzeichnet worden war, galt allseits die Hoffnung, die Rückgliederung in absehbarer Zeit durchzuführen. Doch während die Ratifizierung auf deutscher Seite zügig vonstatten ging, setzten in den Niederlanden erneute Grundsatzdiskussionen ein, die die Ratifizierung bis in den Sommer 1963 hinauszögerten. Doch mit dem Bekanntwerden des offiziellen Rückgliederungsdatums setzten an der deutsch-niederländischen Grenze Warenbewegungen großen Stils ein, denen weder Bund noch Land entschieden entgegentraten. Auswärtige wie Einheimische nutzten Lagermöglichkeiten wie organisierte LKW-Kolonnen, um mit dem Verrücken der Landesgrenze am 1. August 1963 zollfrei niederländische Waren in die Bundesrepublik einzuführen. Da diese Aktivitäten aber ein eigenes Kapitel der Grenzkorrekturen darstellen, soll der Hinweis darauf genügen und der Blick stärker auf die Maßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen gelegt werden. Für die beiden großen Auftragsverwaltungsgebiete Elten und Selfkant hatte die Landesregierung Beauftragte entsandt, die neben der organisatorischen Vorbereitung der Verwaltungsübernahme zum 1. August auch die nachzuholenden Kommunalwahlen vorzubereiten hatten, die am 23. Oktober 1963 stattfanden. Zudem hatten die deutschen Verwaltungsangestellten etwa des Drostamts Tüddern (Selfkant) seit Januar 1961 Gelegenheit, ihren Kollegen in der benachbarten Kreisverwaltung Geilenkirchen-Heinsberg bei der Verwaltungsarbeit über die Schulter zu schauen. Seit 1960 hatte das Land auch bereits Rückgliederungsmittel bereitgestellt, und mit dem 1. August 1963 trat ein Drei-Punkte-Programm in kraft: 1. eine auch auf öffentliche Wirkung ausgerichtete Soforthilfe in Höhe von 4–5 Millionen DM, die über den Grenzlandfonds finanziert wurde; 2. waren, wie im Staatsvertrag festgelegt, Investitionsvergütungen für die Niederlande vorgesehen; 3. wurden langfristige Investitionen in Aussicht gestellt, deren Umfang zwar noch nicht exakt berechnet, aber in zweistelliger Millionenhöhe veranschlagt wurde.⁶⁷

Die Rückgliederung selbst erfolgte, abseits der erwähnten Warenverschiebungen, ohne große Zeremonie, zumal auch Teile der deutschen Bevölkerung der Auftragsverwaltungsgebiete den neuen Dingen mit Skepsis gegenüberstanden. Vielleicht war ihnen aber auch bewußt geworden, daß ihre bevorzugte Stellung im Grenzland Nordrhein-Westfalens nun ein Ende gefunden hatte, da die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Eingliederung in die Bundesrepublik von kaum anderer Natur waren als die Überführung in niederländische Verwaltung 1949.

⁶⁶ Siehe zum Verzicht Belgiens auf die meisten zugesprochenen Ortschaften NW 53, Nr. 572, HStAD. Ausführlich dazu. Pabst, Holländisch, S. 155 f. und S. 171 ff.

⁶⁷ Hein im G. A., 5. Wahlperiode, 11. Sitzung, 21. 5. 1965, Archiv. d. Landtags NRW.

V. Zusammenfassung

Den Korrekturen an der deutsch-niederländischen Grenze von 1949–1963 kam über ihren geringfügigen materiellen Wert ein prinzipieller Charakter zu. Dies wurde sowohl von nordrhein-westfälischer wie niederländischer Seite gerade in der Frühphase der Ereignisse erkannt und dementsprechende Versuche gestartet, die offene Situation für sich zu nutzen. Mit der fortschreitenden Integration der Bundesrepublik ins westliche Staatenbündnis und der Erneuerung der engen Handelsbeziehungen mit den Benelux-Staaten während der 1950er Jahre wurden die Grenzkorrekturen immer mehr zu einem überholten Element der frühen Nachkriegszeit, das nicht mehr in die politische Landschaft Westeuropas paßte. Die Lösung des Saarproblems wie der 1956 abgeschlossene deutsch-belgische Staatsvertrag führten dann auch die deutsch-niederländischen Grenzfragen auf den Verhandlungsweg, dessen Abschluß der umfassende Staatsvertrag 1960 bildete. Doch bis zu diesem Zeitpunkt war insbesondere die Landesregierung Nordrhein-Westfalens, die die Ereignisse darüberhinaus bis zur Grenzkorrektur im April 1949 als quasi außenpolitische Vertretung einer fehlenden Bundesregierung verfolgte, darum bemüht, das Grenzland insgesamt und die niederländischen Auftragsverwaltungsgebiete im besonderen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Dazu bediente sie sich einer besonderen finanziellen Maßnahme, der Grenzlandhilfe. Diese wirtschaftliche, aber auch die ideelle Unterstützung des Grenzlands zu beraten, war Aufgabe des Grenzausschusses, der besonders in den ersten Jahren seines Bestehens wichtige Grundlagenarbeit leistete und der im begrenzten Umfang Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik betrieb, aber auch mit zunehmender Zeit eindeutig allgemeinpolitische Konturen annahm.

Für die deutsche Bevölkerung der Auftragsverwaltungsgebiete mußte sich das beiderseitige Werben besonders finanziell positiv bemerkbar machen. Besonders die niederländischen Vergünstigungen ließen scheinbar so manchen hoffen, den status quo aufrecht zu erhalten. Und wenn die Quellen Anfang der 1950er Jahre auch von einem Meinungsumschwung sprechen, so muß die Antwort offenbleiben, wie sich die Bevölkerung im Falle einer tatsächlich durchgeführten Volksabstimmung entschieden hätte. Anzeichen für eine Hinwendung zu den Niederlanden wurden aufgezeichnet, doch auch die individuellen Proteste wie die gelegentlichen Schwierigkeiten mit der niederländischen Verwaltung prägten das Bild in ebensolchem Maße.

Nur aus dem Verständnis der politischen Realität der späten 1940er und frühen 1950er Jahre dürfte aber das Engagement von Grenzausschuß und Ministerpräsident Karl Arnold zu verstehen sein, gegen die geringfügigen Grenzkorrekturen in solchem Ausmaß aktiv zu werden, um die Grenzfragen im Westen nicht zu dem werden zu lassen, was sie lange Zeit in der Forschung waren: ein „fast vergessenes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte“.

Quellen

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
NW 53/NW 154/NW 179/NW 221/NW 466/NW 467/NW 469/BR 1047

Archiv des Landtags NRW

Sitzungsprotokolle des Grenzausschusses, 1.–5. Wahlperiode

Sitzungsprotokolle des Hauptausschusses, 1.–5. Wahlperiode

Sitzungsprotokolle des Haushalts- und Finanzausschusses, 1.–2. Wahlperiode

Historisches Archiv der Stadt Köln

Best. Nr. 1193: Nachlaß Dr. Leo Schwering

Kreisarchiv Heinsberg

NR. A 747/Nr. A 2546, 1–17.

Literaturauswahl

Bischofs, Klaus: Selfkant – Grenzland. Hg. von der Gemeinde Selfkant, o. O., 1974

Ders.: Vor 20 Jahren: Die Abtrennung des Selfkants am 23. April 1949, in: Heimatkalender des Selfkantkreises Geilenkirchen-Heinsberg, 1969, S. 41–59

Blaich, Fritz: Grenzlandpolitik im Westen 1926–1936. Die Westhilfe zwischen Reichspolitik und Länderinteressen, Stuttgart 1978

Buchstab, Günther (Bearb.): Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), 2. Aufl., Stuttgart 1986

Dierl, Brigitte/Dierl, Reinhard/Höffken, Heinz-Werner: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen (Sozialwissenschaftliche Studien Bd. 18), 3 Bde., Bochum 1982

Ittersum, G. E. van: Die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland, in: Außenpolitik 9 (1958), S. 610–616

Lademacher Horst: Die Niederlande und Deutschland 1945–1949. Wirtschaftsfragen und territoriale Korrekturen, in: Festschrift für F. Petri zum 80. Geburtstag, hgg. von W. Ebbrecht/H. Schilling, Köln/Wien 1983, S. 456–511

Ders.: Deutschland und die Niederlande, in: Beiderseits der Grenzen, hg. von Walter Först, Köln 1987, S. 49–80

Ders.: Die Niederlande und der Rhein-Ruhr-Raum. Ein Beitrag zur Relevanz der Wirtschaft 1945/46 bis 1949, in: Hein Hoebink (Hg.): Staat und Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1816–1991. 175 Jahre Regierungsbezirk Düsseldorf, Essen 1992, S. 167–180

Lahr, Rolf: Der Ausgleich mit den Niederlanden, in: Außenpolitik 11 (1960), S. 357–363

Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Für Selbstbestimmung, Recht und gute Nachbarschaft. Amtliche Erklärungen, Vorschläge sowie Stellungnahmen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen zu Fragen der einseitigen Grenzveränderungen im Westen 1949, Düsseldorf 1951

Nordbeck, Walther: Geschichte des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen von 1946–1956, Düsseldorf 1967

Menzel, Eberhard: Die deutsche Westgrenze nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Untersuchung der Gebietsansprüche der westlichen Nachbarn Deutschlands, in: Europa-Archiv, 5. 10. 1949, S. 2499–2551

Pabst, Klaus: Holländisch für vierzehn Jahre, in: Entscheidungen im Westen, hg. von Walter Först (Beiträge zur Neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 7), Köln/Berlin 1979, S. 147–176

Ders.: Artikel „Grenzregelungen“ und „Grenzlandhilfe“, in: Anselm Faust (Red.): Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon, (Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 31), Düsseldorf 1993, S. 170–172

Rauschnig, Dietrich (Bearb.): Die Staatsverfassungen der Welt in Einzelausgaben. Bd. 1: die Gesamtverfassung Deutschlands, Frankfurt/Berlin 1962

Schwering, Leo: Werden und Wirken der Grenzlandhilfe, in: Heimatkalender des Kreises Schleiden, 1956, S. 30–38

- Stikker, Dirk: Men of responsibility. Dt. Ausgabe: Bausteine für eine neue Welt. Gedanken und Erinnerungen an schicksalshafte Jahre, Düsseldorf 1966
- Stötzel, Georg: Semantische Kämpfe im öffentlichen Sprachgebrauch, in: „Stets wird die Wahrheit hadern mit dem Schönen“. Festschrift für Manfred Windfuhr zum 60. Geburtstag. Hg. von G. Cepl-Kaufmann/W. Kartkopf/A. Neuhaus-Koch/H. Stauch, Köln/Wien 1990, S. 421–444
- Woelk, Wolfgang: Der Grenzausschuß des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Staatsarbeit, Düsseldorf 1992